

Bund kaufte Steuerdaten aus Dubai

## Etappensieg im Kampf für Steuergerechtigkeit



Weitere Themen

Rentenbesteuerung:  
Lange erwartete  
BFH-Urteile  
erregen Aufsehen

Glücksspiel:  
DSTG begrüßt im  
Finanzausschuss  
Gesetzesänderung



## Liebe Kollegin, lieber Kollege,

in wenigen Wochen findet eine Bundestagswahl statt. Am 26. September entscheiden Sie mit einer Erst- und mit einer Zweitstimme über die Zusammensetzung des Parlaments. Es wird sich eine Regierungskoalition bilden, die einen Bundeskanzler oder eine Bundeskanzlerin wählen wird. Da die amtierende Kanzlerin nicht mehr antritt, wird die Wahl mit Spannung beobachtet werden.

Alle Parteien haben Wahlprogramme, die viele Absichtserklärungen enthalten. Es werden viele Wahlversprechen gemacht, die am Ende jedoch auch finanziert werden müssen. Und zwar von uns allen. Dies ist umso heikler, als ja nicht nur neue Versprechen Geld kosten, sondern auch die Pandemie der letzten 18 Monate ihren milliarden schweren Tribut forderte – und weiter fordern wird. Meine persönliche Ansicht lautet: Angesichts des enormen Finanzbedarfs für einen Neustart nach der Pandemie ist es ein Trugschluss zu glauben, man könne mithilfe eines kräftigen Aufschwungs aus den Schulden einfach herauswachsen.

Was sagen aber die Wahlprogramme zur Einnahmenseite? Die Antwort fällt relativ leicht aus. Die Parteien lassen Bürger und Unternehmen weitgehend im Unklaren. Gut, die einen versprechen Entlastungen, während andere die Superreichen verstärkt zur Kasse bitten wollen. Auch das Thema Vermögensteuer macht immer wieder die Runde, ein Thema, an dem sich bislang kein Politiker die Hände verbrennen wollte. Effekt: Die Steuer liegt sozusagen im Koma und wird seit 2006 nicht erhoben.

Manche versprechen sogar alles auf einmal: Steuersenkungen, Ausgabenkürzungen, Einhaltung der Schuldenbremse. Aber alle Parteien beherzigen dabei grundsätzlich die Marschroute: Zu konkret darf es bei Steuern nicht werden. Nicht dass die Wählerschaft auch noch unruhig wird und bei nüchterner Betrachtung erkennen müsste: Billiger wird es nicht werden. Und zur Frage der Finanzierung der Wahlversprechen: Fehlanzeige! In der DNA der Politiker sind die Gene „Einnahmen“ und „Ausgabendisziplin“ schlichtweg unterentwickelt. Politiker sind dafür geschaffen, das Geld auszugeben und damit vermeintlich Gutes zu tun. Eigentlich müssten sie der Einnahmeverwaltung jeden Tag einen Orden umhängen, denn diese macht das Ausgeben erst möglich. Statt eines Ordens gibt es aber nur jede Menge Sonntagsreden.

An die Finanzverwaltung denken manche offenbar bei diversen Themen nur, wenn das Kind bereits im Brunnen liegt. So kam Bundesgesundheitsminister Jens Spahn auf die glorreiche Idee, die Finanzämter sollten sich um Abrechnungsbetrug im Zusammenhang mit Schnelltests kümmern. Diese Idee habe ich entrüstet zurückgewiesen. Wir sind doch nicht die Hilfssheriffs des Gesundheitsministers!

Und auch der neueste Vorschlag kreist bereits gefährlich über uns. Es gibt die Idee, dass alle einerseits eine CO<sub>2</sub>-Abgabe durch den Verbrauch fossiler Brennstoffe bezahlen, aber andererseits soll dieses Steueraufkommen jedem Einwohner als gleichmäßige Pro-Kopf-Ausschüttung wieder zurückgezahlt werden. Ein gigantischer Geldkreislauf! Und wer soll diese Auszahlungen umsetzen? Natürlich die Finanzämter, sagen die Erfinder dieses Systems.

Liebe Kollegin, lieber Kollege, gut, dass es die DSTG gibt, die alle diese Fragen auf dem Schirm hat und bei Fehlentwicklungen mit kompetenter Stimme interveniert. Das sind wir Ihnen, unseren Mitgliedern, schuldig, und darauf können Sie sich stets verlassen.

Aber bis zur Wahl heißt es für viele erst mal, in den verdienten Urlaub zu gehen. Diese Auszeit gönne ich Ihnen von Herzen und wünsche Ihnen eine gute Erholung!

Herzlichst

Ihr

Thomas Eigenthaler, Bundesvorsitzender

### > DSTG

- ▶ Urteile des BFH zur Rentenbesteuerung erregen Aufsehen: Rentenbesteuerung wird vermutlich nachjustiert 4
- ▶ Ankauf von Steuerdaten aus Dubai durch den Bund: Weiterer Etappensieg im Kampf für Steuergerechtigkeit 6
- ▶ Neuer Glücksspielstaatsvertrag der Länder ab Juli 2021: Virtuelle Glücksspielvarianten legalisiert und besteuert 7
- ▶ Unklarheiten bei Aktienverlusten: BFH hält Aktienbesteuerung in Teilen für verfassungswidrig 8
- ▶ DSTG-Landesverband Niedersachsen bestreitet Zukunftswege: Künstliche Intelligenz – Chancen für die Finanzverwaltung?! 9
- ▶ Personalratswahlen in Mecklenburg-Vorpommern: 30 Jahre Personalrats Erfahrung setzen sich durch 10
- ▶ PR-Wahlen 2021 mit Finalsieg für die DSTG Hessen: Ergebnis in Pandemiezeiten gefestigt 10
- ▶ Erfolgreiche Personalratswahlen im Saarland: DSTG Saar erhöht Zahl der Stimmen und Sitze 11
- ▶ IT-spezifische Eingruppierungen für Tarifbeschäftigte: Arbeitsplätze gerecht bewerten und eingruppieren 12
- ▶ DSTG-Seminar zu den Rechten von Menschen mit Behinderung: Plädoyer für ein Dreisäulenmodell 13
- ▶ 19. Bundesjugendtag im September mit Neuaufstellung der Bundesjugendleitung: „Mehr als Paragrafenreiter – Gerechtigkeit ist unser Ziel!“ 14
- ▶ Bundessenorenvertretung tagt erstmals digital: Neue Herausforderungen in jedem Alter meistern 15
- ▶ Nachgefragt bei ... Manfred Lehmann 16
- ▶ Tauschcke 17

### > dbb

- ▶ nachrichten 18
- ▶ dbb dialog – „Spitzengespräch öffentlicher Dienst“ mit dem Bundesinnenminister 20
- ▶ Datenschutz bei Telearbeit und mobilem Arbeiten 22
- ▶ dbb Forum ÖFFENTLICHER DIENST: Whistleblower brauchen Klarheit 24
- ▶ interview Andreas Scheuer, Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur 26
- ▶ Gastbeitrag: Deutsche Bahn 28
- ▶ Die Bahnreform und ihre Folgen 29
- ▶ Verkehrswende in der Stadtplanung 30
- ▶ Urteil des Monats 37
- ▶ service für dbb mitglieder 38
- ▶ dbb bundesfrauenvertretung 40
- ▶ Digitaler Impfnachweis 42